

Erschienen am 29.03.2023

In der Nacht holten ihn die Polizisten: Russischer Oppositioneller von Sachsen nach Schweden abgeschoben

Von [Tobias Wolf](#)

Roman Dolgov floh im vergangenen Jahr mit einem Visum aus Russland nach Deutschland zu seiner Familie. Ausgerechnet der offizielle Weg wurde zu seinem Verhängnis.

Schwarzenberg/Stockholm. Roman Dolgov dachte, dass er alles richtig machen würde, als er im vergangenen Jahr ein Schengen-Visum für Europa beantragte, um vor Wladimir Putins Regime und einer drohenden Mobilmachung aus Russland zu fliehen. Das Ziel: Sachsen. Hier leben die Partnerin und der gemeinsame 17-jährige Sohn seit mehr als fünf Jahren. Am vergangenen Donnerstag wurde der Umwelt- und Friedensaktivist Roman Dolgov nach Schweden abgeschoben.

Kurz nach Mitternacht hatten sechs Polizisten den 53-Jährigen aus seiner Wohnung in Schwarzenberg geholt, ihm 15 Minuten Zeit zum Packen gegeben und in eine Zelle nach Aue geschafft. Anschließend sei er nach Berlin-Schönefeld gebracht und in ein Flugzeug nach Stockholm gesetzt worden. So beschreibt er es am Dienstag telefonisch der "Freien Presse". Eine Vorwarnung habe es nicht gegeben, so Dolgov. Nun darf er die nächsten 22 Monate nicht nach Deutschland einreisen.

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wollte er sofort weg

Der SPD-Landtagsabgeordnete Frank Richter, der den Fall bekannt machte, sagt, er sei über die Abschiebung erschüttert. "Roman Dolgov hat meines Wissens Verfolgung und ungerechte Behandlung in Russland erfahren. Es hätte Sachsen gut angestanden, ihn aufzunehmen und seine Hilfe bei der Unterrichtung ukrainischer Schüler weiterhin in Anspruch zu nehmen."

Dolgov, der unter anderem für die Organisationen Greenpeace und "Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" arbeitete, erlangte 2013 kurzzeitig weltweite Bekanntheit, als der russische Inlandsgeheimdienst FSB ein Schiff der Umweltorganisation Greenpeace beschlagnahmte, in den Hafen von Murmansk schleppte und die Crew festnahm. Bilder von Dolgov in einem Käfig eines russischen Gerichtssaals gingen um die Welt.

Als Dolgovs Familie nach Deutschland ausreiste, blieb der Aktivist in Moskau. Er habe, sagt er, damals seine Eigentumswohnung

verkauft, um mit dem Geld seine Familie zu unterstützen. Mehrmals im Jahr habe er sie hier besucht, umgekehrt kam seine Familie zu ihm nach Moskau. Als Wladimir Putin den Einmarsch in die Ukraine befahl, wollte Dolgov sofort weg. Aber sein Pass war im Januar abgelaufen. Ende April bekam er wider Erwarten einen neuen Pass. Er habe nach Ausbruch des Krieges beim Auslandssender "Deutsche Welle" gelesen, dass russische Bürger, die vor Putins Regime fliehen, genauso behandelt werden sollten wie ukrainische Kriegsflüchtlinge. "Ich habe versucht, bei der deutschen Botschaft in Moskau ein Schengen-Visum zu beantragen", sagt er. Aber dort habe es geheißen, dies sei nicht vor Juli möglich.

"Deutsche Behörden haben mich in maximal brutaler Weise rausgeschmissen"

Dolgov wendet sich an die schwedische Botschaft, die sofort ein Visum ausstellt. Dass ihm genau das zum Verhängnis werden würde, ahnte er nicht. Dazu muss man tief in die EU-Verordnung namens "Dublin III" vordringen. Die ist vor allem deshalb bekannt, weil darin geregelt ist, dass jener europäische Staat das Asylverfahren durchführen muss, in dem der Schutzsuchende zuerst EU-Boden betreten hat. Das würde Dolgov erfüllen. Sein Weg per Flugzeug führte ihn im Mai über Istanbul nach Berlin. Aber auch wer ein Visum eines EU-Landes hat, muss "Dublin III" zufolge dort sein Asylverfahren durchlaufen. "Die deutschen Behörden haben mich formal korrekt rausgeschmissen", so Dolgov. "Aber eben in maximal brutaler Weise."

Lokale Behörden hätten ihm nach Ankunft im Erzgebirge geraten, dass der einzige legale Weg für einen Aufenthalt in Deutschland das Asylverfahren sei, so Dolgov. Also zieht er in die Erstaufnahmeeinrichtung nach Chemnitz, weist seine Identität nach und führt das obligatorische Gespräch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Dort berichtet er auch von seiner Familie im Erzgebirge. Einen schriftlichen Nachweis über diesen vertraulichen Teil des Gesprächs hat er nicht. Nach Informationen der "Freien Presse" sucht das Bamf damals direkt in Schweden um eine Übernahme des Asylverfahrens nach und Dolgov ist plötzlich ausreisepflichtig, obwohl er längst dabei ist, sich zu integrieren und in der Schule ukrainische Kinder unterrichtet. Der Abgeordnete Richter sagt: "Die Wiedereinreisesperre sollte aufgehoben oder verkürzt werden, sodass ihm eine baldige Rückkehr zu seiner Familie nach Deutschland möglich wird."

© Copyright Chemnitze Verlag und Druck GmbH & Co. KG